

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 449.10 / 16.08.2010

Auspressen statt Vitaminschub für Schulen – Kehrtwende der Landesregierung

Zu der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur Entwicklung der Lehrerstellen in Schleswig-Holstein, erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Anke Erdmann**:

Die möglichen demografischen Einsparungen im Bereich der Lehrkräfte bis 2020 fallen wesentlich geringer aus, als bislang angenommen. Seit 2007 ging die Landesregierung davon aus, dass bis zum Jahr 2020 aufgrund des Schülerrückgangs rein rechnerisch 4.200 Lehrerstellen eingespart werden könnten, heute wird nur noch mit 2.900 Stellen gerechnet. Trotz dieser veränderten Prognose hält die Landesregierung aber daran fest, 3.650 Lehrerstellen bis 2020 abzubauen. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage (Drs. 17/753) hervor.

Damit werden rund 750 Stellen auf Kosten der Unterrichtsqualität eingespart. Dies war bislang immer ausgeschlossen worden, zuletzt in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Juni. Sein Schulminister hat Carstensen offenbar schlecht beraten. Die Kleine Anfrage macht auch deutlich, wo die 750 Stellen weggespart werden sollen: u.a. bei Ganztagschulen, durch größere Klassen und Mehrarbeit von Lehrern, sowie die Streichung von zusätzlichen Differenzierungsstunden in Regional- und Gemeinschaftsschulen. Ausgenommen: das Y-Modell. Damit lässt Minister Klug die Schulen sehenden Auges an die Wand fahren, denn viele Schulen arbeiten am Rande der Belastbarkeit. Hier noch mehr Stellen herauspressen zu wollen, ist unverantwortlich.

Den Schulen war bislang ein kleiner Vitaminschub versprochen worden: Nicht alle Stellen sollten eingespart werden, einige zusätzliche Stellen sollten in den Schulen bleiben. Die Landesregierung muss Klartext reden. Ausbau von Ganztagschulen und Sozialarbeit, mehr Investitionen in Bildung – dass alles gibt es nicht zum Null- und schon gar nicht zum Spartarif. Hier muss die Landesregierung ihre Rhetorik endlich an die wirklichen Planungen anpassen.
